

Pianinos, welche in seiner Fabrik reparirt werden sollten, vorbehaltlich der demnächstigen Wiederausfuhr ohne Zollentrichtung einführen zu dürfen, hat diese Vergünstigung zu Zollbefrauben mißbraucht, indem er nach Entfernung der Identitätszeichen die eingeführten Klaviere im Inland verkaufte und statt derselben neue inländische Klaviere, an welchen die Identitätszeichen der ausländischen in kunstreicher Weise angebracht waren, ins Ausland versendete. Hierbei verfuhr derselbe in der Weise, daß er bei den Klavieren, welche durch einen unter der Klavierbank angebrachten Stempelabdruck identifizirt worden waren, das betreffende Brett herausnahm und dasselbe in das neue Klavier einfügte. In anderen Fällen, namentlich bei den Pianinos, an deren geschnittenen Konsolen Erkennungsbleie angebracht waren, ist derart verfahren worden, daß mittelst einer etwas dicken Säge das von der Plombenschnur umfaßte Stück des Schnitzwerks durchgesägt, die Plombenschnur durch den Sägenschnitt herausgezogen bzw. bei den neuen Pianinos hindurch gelegt, der Schnitt durch Hineinfügen eines genau gearbeiteten Brettchens sauber ausgefüllt und mit Farbe und Lack derart verdeckt wurde, daß auch das schärfste Auge den Einschnitt zu entdecken nicht im Stande war.

In denjenigen Fällen, in welchen sich bei den ausgeführten Instrumenten nun geringe Gewichts διαφοrenzen gegenüber dem Gewichte der eingeführten ergaben, wurden dieselben auf den durch die Reparatur bedingten Abgang bzw. Zugang von Material zurückgeführt; in einem Falle, in welchem sich dagegen ein bedeutendes Mindergewicht herausstellte, wurde dieses durch Anschrauben einer allen gußeisernen Klavierplatte beseitigt.

#### Berechnung und Einziehung defraudirter Gefälle.

Erlaß des Preussischen Finanz-Ministers vom  
15. September 1881. III 10376.

Es ist in Frage gekommen, nach welchen Zollsätzen der nachzuerlegende Zoll und die verwirkte Strafe zu berechnen sind, wenn eine Zolldefraudation in Bezug auf Waaren begangen wird, welche nur bei bestimmten Zollstellen zu den im Tarif festgesetzten Zollsätzen abgefertigt, über andere Zollstellen dagegen nur dann eingebracht werden dürfen, falls die Einbringer zur Erlegung des höchsten Zollsatzes der betreffenden Tarifposition bereit sind (§ 2 des Gesetzes über die Besteuerung des Zuckers vom 26. Juni 1869, § 3 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879, § 2 des Gesetzes über die Abänderung des Zolltarifs vom 19. Juni 1881).

Von einer Seite ist die Ansicht geltend gemacht worden, daß der Zoll in solchen Fällen immer nach dem höchsten Satze der betreffenden Tarifposition berechnet werden müsse, indem der geringere tarifmäßige Zollsatz nur dann Anwendung finden könne, wenn die Waare einer der dazu befugten Zollstellen ordnungsmäßig zur Abfertigung vorgeführt werde. Eine andere Ansicht will unterscheiden, ob die Einschmückung im Bezirk eines Amtes verübt ist, welches die Befugniß zur Abfertigung solcher Waaren nach den geringeren tarifmäßigen Zollsätzen besitzt, oder im Bezirk eines Amtes, welchem diese Befugniß nicht beigelegt ist. Endlich ist die Ansicht vertreten worden, daß als defraudirter Zollobtrag nur derjenige angesehen werden könne, welchem die Waare nach ihrer Beschaffenheit tarifmäßig unterliegt.

Der letzteren Auffassung muß beigetreten werden.

Nach den Schlußworten des § 3 des Zolltarifgesetzes, womit die Nr. 1 der vom Ausschuß des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen beschlossene Anweisung zur Ausführung des Gesetzes über die Besteuerung des Zuckers (Centralbl. 1869, Seite 386) übereinstimmt, ist die Anwendung des höchsten Zollsatzes der betreffenden Tarifposition auf Waaren, welche nach ihrer Beschaffenheit einem geringeren Satze unterliegen, nur dann gerechtfertigt, wenn die Betheiligten zur Erlegung des höchsten Zollsatzes der Tarifposition sich bereit erklären. Wird die Waare einem Amte, welches zur Erhebung des geringeren tarifmäßigen Zollsatzes nicht berechtigt ist, vorgeführt, ohne daß die Betheiligten zur Erlegung des höchsten Zollsatzes der Tarifposition sich bereit erklären, so darf das Amt, wie dies auch in der vorerwähnten Anweisung ausgesprochen ist, die Waare überhaupt nicht zum definitiven Eingang abfertigen; vielmehr muß letztere entweder einem anderen Amte zur Abfertigung überwiesen oder unter Zollkontrolle in das Ausland

zurückgeschafft werden. Die „vorenthaltene“ Abgabe, welche nach § 135 des Zollgesetzes der Bemessung der Defraudationsstrafe zu Grunde zu legen, ist hiernach die tarifmäßig auf der Waare ruhende. Es fehlt an einer gesetzlichen Berechtigung, bei defraudirten Waaren den nachzuerhebenden Zoll nach einem höheren, als dem tarifmäßig für sie vorgeschriebenen Zollsatz zu berechnen, oder die nach der Höhe des Zolls sich bestimmende Strafe durch Anwendung eines höheren, als des tarifmäßigen Zollsatzes zu schärfen. Gehört das Amt, bei welchem der Prozeß einzuleiten ist, nicht zu denjenigen, denen die Befugniß zur Abfertigung solcher Waaren nach dem geringeren tarifmäßigen Zollsatz zusteht, so hat dasselbe die angehaltene Waare oder eine Probe derselben einem mit der angegebenen Befugniß versehenen Amte zur Revision und Festsetzung des Zollsatzes zu übersenden.

Generalverordnung der Zoll- und Steuer-  
direktion zu Dresden am 7. Oktober 1881.

No. 3912. B.

Auf Anordnung des Königlich Finanzministeriums werden sämtliche Hauptämter zur Nachachtung darauf aufmerksam gemacht, daß bei Abgabe von Zoll- und Steuerstrassachen an die Justizbehörden zwar, soweit zur Bemessung etwaiger Hinterziehungsstrafen erforderlich, der Betrag der hinterzogenen Gefälle genau anzugeben, von einem Antrage auf Verurtheilung des Angeeschuldigten zur Nachzahlung dieser Gefälle aber mit Ausnahme des in § 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. Juli 1868, die subsidiarische Haftung des Brennereiunternehmers zc. betreffend, berührten Falles abzusehen und das Ersuchen um Einziehung der defraudirten Gefälle erst dann an die Strafvollstreckungsbehörden zu richten ist, wenn das Hauptamt durch Mittheilung seitens der Staatsanwaltschaft (§ 10 der Verordnung vom 15. September 1879 zur Ausführung des Gesetzes über das Verwaltungsstrafverfahren) oder durch Zustellung des Urtheils (§ 468 der Strafprozeßordnung) von der Verurtheilung des Angeeschuldigten zur Zahlung einer Vermögensstrafe Kenntniß erlangt hat.

Hiernächst ist auch die Uebergebung des Gefällepunktes im Strafurtheile für sich allein in Zukunft nicht als ein Grund zur Anfechtung des Urtheils anzusehen.

#### Defraudationsprozesse im gerichtlichen Verfahren.

Erkenntniß des Reichsgerichts vom 11. März  
1881. II Straffenat.

1. Muß zur Verhängung einer Strafe wegen Maischsteuerdefraudation der Rauminhalt der mißbrauchten Bottiche festgestellt werden?
2. Hat der Strafrichter über die Nachzahlung der umgangenen Steuergesälle zu entscheiden?
3. In welcher Weise ist mehreren Betheiligten die Kontraventions-Geldstrafe aufzuerlegen und die an die Stelle zu setzende Freiheitsstrafe zu bestimmen?
4. Kann, wenn an die Stelle der durch Defraudation verwirkten Geldstrafe zwei Jahr Gefängniß gesetzt sind, daneben noch auf eine Freiheitsstrafe an Stelle der Kontraventions-Geldstrafe erkannt werden?

Aus den Gründen:

Begründet ist der mit der Rüge eines Verstoßes gegen § 266 St. P. O. verbundene, an den § 78 St. G. B.'s anknüpfende materielle Angriff, vermöge dessen die geschehene Gesetzesanwendung nach allen Richtungen der Prüfung des Revisionsrichters unterfällt.

Der erste Richter stellt thatsächlich fest, daß die drei Angeklagten K., G. und P. vom 11. November 1879 bis 13. Januar 1880 zu J. als Brantweinbrenner täglich Einmischungen vorgenommen haben, und zwar in der Absicht einer Verführung der Steuer und gemeinschaftlich. Durch die auf der gutachtlichen Aussage des Obergrenzkontrolleurs P. für erwiesen erachtete Thatsache, daß der Bottich Nr. 1—20 mal, Nr. 2—4 mal, Nr. 3—16 mal, Nr. 4—20 mal, Nr. 5—3 mal, Nr. 6—18 mal, Nr. 7—20 mal, Nr. 8—4 mal, Nr. 33—17 mal, und das Maischreservoir 64 mal mißbraucht worden, erklärt der erste Richter in den Urtheilsgründen die im Tenor als defraudirt bezeichnete Steuersumme von 8695, 50 M. für gerechtfertigt, ohne diesen der erkannten Strafe zum Grunde gelegten